

GESCHICHT



SERIE 1917 (8)

Kommunismus und Nation

Das Gespräch moderierte Renée Wagener.

War die Revolution ein nationales oder ein internationales Projekt? Darüber diskutierten Vincent Artuso und Thorsten Fuchshuber.

„Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ lautete die kommunistische Parole. Die Menschen sollten sich, über nationale Grenzen hinweg, zusammenschließen, um dem kapitalistischen System als eine Macht gegenüberzutreten zu können. Hat die Arbeiterbewegung dieses Prinzip in der Praxis umgesetzt?

Thorsten Fuchshuber: Es gab bereits im 19. Jh. zwei internationale sozialistische Zusammenschlüsse, die Erste und die Zweite Internationale. Die internationale Kooperation gegen das auf das Kapitalverhältnis gegründete Gesellschaftssystem war also eine Realität. Aber die Entwicklung hin zum Ersten Weltkrieg und der „Burgfrieden“ von Sozialdemokratie und Konservativen in den jeweiligen am Krieg beteiligten Ländern führte dazu, dass die Zweite Internationale zerbrach. Die Arbeiterbewegung hatte also ein sehr widersprüchliches Verhältnis zur Nation und zum Nationalismus.

Vincent Artuso: Im 19. Jahrhundert wurden Nation und Nationalstaat als der Rahmen angesehen, in dem die Emanzipation der Völker, aber auch der einzelnen Individuen möglich ist. Es gab eine Vielfalt an Begriffen der Nation, einer davon entstand mit der Französischen Revolution: Nicht mehr ein König, nicht mehr eine Religion, sondern die Versammlung der einzelnen Bürger, die sich im Rahmen der Nation erkennen, sollte die Souveränität im Staat innehaben.

Der Begriff des Volkes hatte jedoch sowohl eine politische als auch eine ethnische Konnotation.

V. A.: Die Vielfältigkeit liegt auch in der Definition der Begriffe. Wenn man im Französischen vom „peuple“ spricht oder im Italienischen vom „popolo“, meint man soziale Kategorien, und der Begriff der Volkssouveränität kann einfach bedeuten: die Souveränität all jener, die wenig oder nichts besitzen. Wenn man im Deutschen den Begriff „Volk“ benutzt, findet man weniger die soziale und eher die tribale Bedeutung vor: Menschen, die eine gemeinsame Sprache sprechen und gemeinsame Vorfahren zu haben glauben.

„Dass die Sozialdemokratie eigentlich nie die Revolution wirklich wollte, hat sich historisch immer wieder gezeigt.“

(Thorsten Fuchshuber)

T. F.: Leitfiguren der Französischen Revolution wie Robespierre orientierten sich sehr stark an der philosophischen Tradition Rousseaus, und der betonte mit seinem Begriff der „volonté générale“ vor allem den Einheitscharakter der Gesellschaft als Kollektividentität. Dies war bereits ein Bruch in der Geschichte der Aufklärung, denn noch für die Frühmaterialisten war diese weit mehr mit der Abschaffung der Herrschaft zur Befreiung des Individuums verknüpft. Es ist Spiegelfechterei, die Konnotationen, die sich zwischen Ethnos und Demos hin- und her bewegen, einzelnen Ländern zuzuord-

nen. Wer Volk sagt, konstituiert einen Gegensatz von Zugehörigkeit und Ausschluss. Das gilt auch für die Nation, die historisch zwar auch ein Medium der Emanzipation war, zugleich jedoch immer auch die Ausgrenzung und die Trennung zwischen „Innen“ und „Außen“ beinhaltet.

Bis zum Ersten Weltkrieg spitzte sich der Nationalismus in der Arbeiterklasse zu: Jaurès zum Beispiel forderte 1911, die Arbeiterklasse in die Nation zu integrieren.

V.A.: Nein, für Jaurès bedeutete die Nation die Umverteilung der politischen Macht auf alle. Durch die Solidarität vieler ist man stark und kann etwas erreichen. In Frankreich sah man die Nation als Gemeingut des Volkes und war entschlossen, sie gegenüber dem autoritären deutschen Kaiserreich zu verteidigen, das schnell auch zur Feindfigur in allen sozialen Schichten Frankreichs wurde. Auch in der deutschen Sozialdemokratie war die Idee nicht mehr die, dass die Arbeiterklasse den Nationalstaat übernehmen und überwinden soll, sondern dass es zu einem Vertrag zwischen Arbeiterklasse und Nationalstaat kommt, durch den die Interessen der Arbeiterklasse gewahrt werden. Im Kern der sozialdemokratischen Partei war die Idee der Revolution bereits verschwunden. Diejenigen, die wie Rosa Luxemburg noch glaubten, dass die Arbeiteremanzipation nur durch die Revolution herbeigeführt werden könne, spalteten sich vom Rest der Partei ab.

T.F.: Dass die Sozialdemokratie eigentlich nie die Revolution wirklich wollte, hat sich historisch immer wieder

gezeigt. Der Nationalismus lässt sich nur im Zusammenhang von Staat und Kapital begreifen. Wie Karl Marx und später Rosa Luxemburg ausgeführt haben, ging mit der Zentralisation der Produktion, die für das Kapitalverhältnis notwendig war, auch eine Zentralisation der politischen Macht einher, und dies brachte eigentlich den modernen Staat hervor. In diesem Sinn ist der Nationalismus der Ausdruck eines Krisenbewusstseins des bürgerlichen Individuums in verkehrter Form: Je enger die Sache ökonomisch wird, desto mehr schließt man sich in der Nation zusammen, um diese Krisentendenzen vermeintlich abwehren zu können.

Die Russische Revolution spielte eine wichtige Rolle in der Frage des Internationalismus. Wurde die Revolution von der gesamten europäischen Sozialdemokratie unterstützt?

T.F.: Die Hoffnung, dass die großen Arbeiterbewegungen in diesen Ländern dem russischen Beispiel folgen würden, hat sich nicht erfüllt: Historisch zentral war die Rolle der österreichischen und der deutschen Sozialdemokratie bei der Niederschlagung des Aufstands 1918 in diesen Ländern beziehungsweise dem Bemühen, diesen zumindest so zu kanalisieren, dass er möglichst schnell abebbte. Das wirkte sich ungünstig auf Russland aus: Gegenüber den Vorstellungen einer permanenten Revolution, wie sie Trotzki propagierte, setzte sich Stalin mit seiner Konzeption des „Sozialismus in einem Land“ durch. Dies war der endgültige Bruch mit der bolschewistischen Idee und der Vorstellung einer kommunistischen Revolution. Die Ausgestaltung der So-



ALLE FOTOS: RADIO 100.7

Die Nation: Rahmen der kollektiven Emanzipation oder Sündenfall des Sozialismus? Vincent Artuso und Thorsten Fuchshuber waren sich darüber nicht einig.

wjetunion zu einem staatskapitalistischen autoritären Regime ist dadurch sehr stark befördert worden.

Lenin und Trotzki machten sich bereits während des Krieges für das Selbstbestimmungsrecht der Völker stark. Welche Rolle spielte dieses Konzept für die Russische Revolution?

T.F.: Während Lenin das Selbstbestimmungsrecht der Völker vor allem aus strategischen Gründen propagierte, sah Rosa Luxemburg das ganz anders. Vor dem Ersten Weltkrieg argumentierte man, das Zarenreich sei in seinem Wesen so repressiv, dass es nötig sei, Nationalstaaten aufzubauen und abzuspalten, um das zaristische Joch wenigstens dort zu brechen. Polen zum Beispiel wurde schon im kommunistischen Manifest als der Boden genannt, von dem aus der Kampf gegen das zaristische Russland geführt werden sollte. Rosa Luxemburg verfocht hingegen die Auffassung, es komme für das Proletariat darauf an, vereint den Imperialismus zu schlagen.

V.A.: Beim Diskurs über das Selbstbestimmungsrecht, der von den Bolschewiki geführt wurde, stand der strategische Aspekt im Vordergrund. Es ging zunächst darum, in den großen Kolonialreichen für Spaltungen zu sorgen und so die Revolution zu befördern. Tatsächlich aber erstickten die Bolschewiki, als sie die Überhand über ihre Gegner im ehemaligen zaristischen Reich gewannen, die nationalen Hoffnungen der anderen Völker. Die baltischen Republiken, die Ukraine, die Menschewiki-Republik in Georgien wurden liquidiert. An ihrer Stelle wurde eine „Union der So-

zialistischen Republiken“ gegründet, die nur dem Namen nach ein Bund gleichberechtigter Schwesternrepubliken war. Hinter dem universalistischen Diskurs der Emanzipation verbarg sich die Realität eines extremen Zentralismus und der Unterdrückung jeglicher Differenzen durch eine kleine, autoritäre Gruppe. Auch Trotzki vertrat die Logik der Partei und später des Staates, des Parteistaates, der immer Recht hat. Das Massaker an den meuternden Soldaten von Kronstadt wurde unter seinem Kommando durchgeführt.

„Beim Diskurs über das Selbstbestimmungsrecht, der von den Bolschewiki geführt wurde, stand der strategische Aspekt im Vordergrund.“

(Vincent Artuso)

Gegen Ende des Weltkrieges wurde auch für Luxemburg, dessen Unabhängigkeit bedroht war, das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu einem Argument. Wie verhielt sich dabei die Luxemburger Arbeiterschaft?

V.A.: In Luxemburg hatte es vor diesem Zeitpunkt bereits Streiks gegeben, und ebenfalls, am Ende des Krieges, die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten. Es kam sogar zur Ausrufung einer Räterepublik im Süden des Landes. Doch genauso, wie sich in diesem geschichtlichen Moment die Arbeiterschaft in ihrer Modernität herausbildete, entstand, zur selben Zeit, auch der Nationalstaat, wenn man

darunter einen Staat versteht, in dem die Nation, also die Vereinigung der Individuen, die Souveränität ausübt. Denn das war erst 1919 der Fall, als das allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen in Luxemburg eingeführt wurde. Wenn man davon ausgeht, dass die Emanzipation eine notwendig linke Idee ist, geschah jedoch etwas Paradoxes: Das allgemeine Wahlrecht verhalf in Luxemburg auch einer konservativ-klerikalen Partei für geraume Zeit zu dominanter Stellung.

Wilsons Doktrin vom Selbstbestimmungsrecht der Völker schloss die unterdrückten Kolonien der europäischen Staaten nicht mit ein. Wie stand die Linke zu dieser Frage?

T.F.: Bereits 1907 gab es in Stuttgart einen großen Sozialistenkongress, auf dem diese Frage beinahe zur Spaltung geführt hätte: Eine grundsätzliche Ablehnung des Kolonialismus erhielt nur eine knappe Zustimmung. Es existierte nämlich durchaus die Vorstellung, dass es eine sozialistische Form des Kolonialismus geben könne, die den kolonisierten Bevölkerungen gegenüber einen zivilisatorischen Auftrag erfüllt.

V.A.: Ab dem Moment, wo das Projekt scheiterte, die Revolution zumindest nach Ost- und Mitteleuropa zu tragen, entwickelte der sowjetische Staat die Idee, dass die Revolution nun in den Orient und zu den kolonisierten Völkern zu exportieren sei. 1920 fand in Baku eine große Konferenz statt, die aber die Hoffnungen der Organisatoren etwas enttäuschte: Die Delegationen, die dort zusammentrafen, unterstrichen, dass sie den Kolonialmächten gegenüber Nationen vertra-

ten, die ihre Unabhängigkeit gewinnen wollten. Dies zeigte ein weiteres Mal, dass der Nationalstaat der Rahmen der Emanzipation ist, in dem man, so die Vorstellung, selbst für sich entscheiden und sein Schicksal in die eigene Hand nehmen kann.

T.F.: Es gab auch Gegenbeispiele: In der algerischen Befreiungsbewegung etwa gab es Teile, die sich von der dortigen nationalen Befreiungsfront lossagten und die nationalistische Stoßrichtung ablehnten, die nach ihrer Überzeugung nur zu einem weiteren bürgerlichen, kapitalistisch strukturierten Staat führen würde. Sie versuchten, einen dritten Weg zu finden. Bei den verschiedenen nationalen Befreiungsprojekten, besonders in Lateinamerika, kann man umgekehrt erkennen, dass ein Großteil sich in eine stark reaktionäre Richtung entwickelte.

Dieser linke Nationalismus hatte auch Negativkonsequenzen in Form von Kriegen und militärischen Konflikten.

V.A.: Vielleicht, aber er ist doch der real existierende und mobilisierende Rahmen. Am Beispiel des Vietnamkriegs lässt sich erkennen, dass nicht die Ideologie, und bestimmt nicht der Internationalismus, die Menschen motivierte, weiterzukämpfen, sondern die Idee, dass Vietnam ein Land und ein Volk sei. Die einzigen, die an den Internationalismus glaubten, waren die Amerikaner. Sie hatten Angst vor dem Dominoeffekt des vietnamesischen Kommunismus auf die gesamte Region: Kambodscha, Laos, Thailand, Burma usw. Der trat jedoch nicht ein, weil der Aufstand

GESCHICHT



Thorsten Fuchshuber,
Sozialphilosoph und woxx-Journalist.



Vincent Artuso, Historiker an der
Universität Luxemburg.

in Vietnam vorrangig ein nationaler Befreiungskampf war. Zudem kam es zwischen den sozialistischen Ländern selbst, nämlich China und Vietnam, zu einem Krieg, der in nationalen Bestrebungen gründete.

„Der Nationalstaat war für die kolonisierten Völker der Rahmen ihrer Emanzipation.“

(Vincent Artuso)

T.F.: Für mich bestätigt das nur Rosa Luxemburgs These, dass Kommunismus und Nation unvereinbar sind. Staat und Nation sind keine leeren Hülsen, die man auch mit sozialistischen oder emanzipatorischen Projekten füllen könnte. Wenn man über die Nation spricht, muss man über das Kapitalverhältnis und über den Staat sprechen. Und wenn man das Kapitalverhältnis überwinden will, muss man Staat und Nation überwinden.

V.A.: Ich stehe da eher der Position Hannah Arendts nahe. Ihre Totalitarismus-Theorie ist, was den Imperialismus betrifft, sozusagen das Gegenteil der Theorie Rosa Luxemburgs. Luxemburg ging davon aus, dass der Imperialismus die Endstufe des Kapitalismus sei, für Arendt dagegen ist der Imperialismus eher die erste Phase der politischen Dominanz der Bourgeoisie. Von heute aus gesehen, bin ich eher geneigt, Hannah Arendt Recht zu geben, denn der Ultrakapitalismus, den wir heute kennen, funktioniert immer noch nach dem von ihr formulierten Prinzip: Für die Bourgeoisie, die sich durch die nationalstaatlichen Grenzen eingengt sah, wurde der Kolonialraum zu dem Raum, in dem alles möglich war,

sowohl politisch wie wirtschaftlich oder moralisch. Dies stützt im Übrigen die These, dass der Nationalstaat der Rahmen der Emanzipation ist: Die radikalsten antidemokratischen und totalitären Erscheinungen wurden immer von den großen internationalistischen Bewegungen, Ideologien und Wirklichkeiten hervorgebracht, vom Kommunismus in seiner sowjetischen Form oder, gegenwärtig, vom Ultrakapitalismus.

Ganz aktuell gibt es heute wieder Diskussionen um das Selbstbestimmungsrecht der Völker, wie etwa die Fälle Katalonien oder Kurdistan zeigen.

V.A.: Bei allen rezenten Phänomenen – Katalonien, Trump, Brexit oder sogar dem Referendum in Luxemburg vor zwei Jahren – ging es um mehr als nur den Widerspruch zwischen einerseits Nationalismus oder sogar Rassismus und großzügigen Ideen und Universalismus andererseits. Wir leben in einer Krise, bei der zumindest das Gefühl stark ist, dass sie von einer Minderheit ausgelöst wurde, die die finanzielle Macht besitzt. Es ist in diesem Sinn recht ironisch, dass die Bewegung in Katalonien gerade in dem Moment komplett an Kraft verloren hat, als bekannt wurde, dass Hunderte von katalanischen Unter-

nehmen beabsichtigten, ihren Sitz aus Katalonien in andere spanische Regionen zu verlegen.

„Staat und Nation sind keine leeren Hülsen, die man auch mit sozialistischen oder emanzipatorischen Projekten füllen könnte. Wenn man über die Nation spricht, muss man über das Kapitalverhältnis und über den Staat sprechen.“

(Thorsten Fuchshuber)

T.F.: Wenn der spanische Staat ernst gemacht hätte mit den katalanischen Forderungen und sämtliche Hoheitsrechte, die er innehat, von einem Tag zum anderen an die katalanische Regierung übertragen hätte, dann wäre dieser Nicht-Staat wohl einfach zusammengebrochen. Aber Polemik beiseite: Die katalanische Unabhängigkeitsbewegung hat ab 2010, also nach Beginn der Wirtschaftskrise, stark an Kraft gewonnen. Mir scheint sie vor allem eine politische Bewegung des Mittelstands zu sein, der versucht, seinen Platz an der Sonne zu verteidigen und möglichst wenig für struk-

turschwächere Regionen Spaniens mitzubezahlen. Ich finde es eher erschreckend, wenn hier in Luxemburg oder auch in Deutschland innerhalb der sogenannten radikalen Linken Sympathien für eine absolut kleinbürgerliche Bewegung auftauchen. Man nimmt damit auch bewusst eine identitäre Spaltung der Bevölkerung in Spanien in Kauf.

V.A.: Viele Menschen wollen nicht mehr akzeptieren, dass die Entscheidungen nicht mehr auf nationaler, und das bedeutet auch auf parlamentarischer, Ebene getroffen werden und europäische Verträge mehr Rechtskraft besitzen als nationales Recht. Sie sehnen sich nach politischer Mitbestimmung. Ich habe nicht viel Sympathie für kleine, eingengegte identitäre Forderungen, aber das Politische verstehe ich schon eher.

100,7 + woxx = 1917

Im letzten Radiogespräch zum Medienprojekt „1917“ geht es um ein Thema, das die Linke auch heute noch vielfach beschäftigt, nämlich ihre Position zu Nationalismus und Internationalismus. Auch für dieses Verhältnis hatte die Russische Revolution weitreichende Konsequenzen. Hierüber diskutierten der Historiker Vincent Artuso und der Sozialphilosoph Thorsten Fuchshuber.

Radio 100,7 wird dieses Gespräch an diesem Sonntag, dem 17. Dezember um 19:30 Uhr in einer gekürzten Version übertragen. Auf www.100komma7.lu wird das Gespräch zudem in voller Länge bereitgestellt. Alle Veranstaltungen und Beiträge zum Medienprojekt „1917“ finden sich auf unserem Blog 1917woxx.lu.